

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 ist ein Artikel über eine Diskussion zu **Studienmöglichkeiten im Vogtland** und ein Bericht über den **Besuch von Staatssekretärin Roth in Auerbach**.

Ebenfalls auf Seite 2 beschäftigt sich Rolf Schwanitz in seinem Kommentar mit der **aktuellen Situation der SPD**.

Eine **neue Attraktion in Markneukirchen**, das **FRAMUS-MUSEUM** der **Firma Warwick**, wird auf Seite 3 vorgestellt. Ferner ist der zunehmende **Rechtsextremismus in Europa** hier Thema.

Gesundheitsberufe haben Zukunft, meint Rolf Schwanitz auf Seite 4. Darüber hinaus wird hier der **Bürgermeisterkandidat für Bad Elster, Hans-Günter Lange**, vorgestellt.

Gleich danach auf Seite 5 tritt **Manfred Deckert in Auerbach** an, während der **Elsterberger Bürgermeisterkandidat Andreas Oberlein** auf der nachfolgenden Seite vorgestellt wird.

Auf der letzten Seite geht es außerdem um das **Gebäudesanierungsprogramm des Bundes**. Und die **frechen Strolche** thematisieren den **Plakatwahlkampf im Vogtland**. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

Deutschland setzt auf Erneuerbare Energien

Das Bundeskabinett hatte auf seiner Klausurtagung im August 2007 in Meseberg das weltweit ambitionierteste Energie- und Klimaprogramm beschlossen. Ziel des Programmes ist es, die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu senken. Ende 2007 wurden vom Bundeskabinett



© Ferdinand Lacour / www.pixelio.de

mehrere Gesetzesvorhaben dazu auf den Weg gebracht, u. a. zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich. Dieses Gesetzespaket wurde heute vom Deutschen Bundestag beschlossen. Dadurch soll bis zum Jahr 2020 der Anteil der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromproduktion von derzeit ca. 12 Prozent auf 25 Prozent verdoppelt werden. Gleichzeitig soll sich der Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich von derzeit ca. 12 Prozent auf mindestens 30 Prozent im Jahre 2020 erhöhen. Dazu werden die Vergütungen für Windkraft, Solarstrom, Biomasse und Wasserkraft neu geregelt. Hier wird es in einigen Bereichen eine Erhöhung der Einspeisetarife geben. Bei der Photovoltaik werden dagegen die Vergütungen abgesenkt, da in diesem Bereich eine schnell fortschreitende positive Entwicklung zu verzeichnen ist. Da die Erneuerbaren Energien im Wärmebereich ein großes Potential für Klimaschutz und Einsparung fossiler Brennstoffe haben, soll der Anteil der Erneuerbaren Energien hier bis 2020 auf 14 Prozent steigen. Dazu werden Nutzungspflichten für Erneuerbare Energien bei Neubauten festgelegt und das Förderprogramm aufgestockt. Für Rolf Schwanitz gehören Klimaschutzpolitik und eine moderne ökonomische Entwicklung zusammen. Durch den Anstieg der Preise für fossile Energie, die enormen Möglichkeiten für Wertschöpfung und Beschäftigung bei der Ausweitung der Erneuerbaren Energien sowie die großen technischen Potentiale der Erneuerbaren Energien für neue Exportmärkte, bringt Klimaschutz nach seiner Meinung mehr, als er kostet. Schwanitz betonte: "Auch andere Volkswirtschaften werden vergleichbare Maßnahmen ergreifen müssen, um den Energiebedarf zu senken und zukunftsfähige Strukturen aufzubauen."

Sommer-Radtour 2008

Auch in diesem Jahr wird der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz wieder die Radwege unserer Region testen. Dazu lädt er für den 26. und 27. Juli alle Radsportbegeisterten zur Sommer-Radtour ein (Anmeldungen unter 03741-134118). Am ersten Tag geht es von Bad Brambach über Hohendorf und Bärensdorf zur Elsterquelle und von da über Bad Elster nach Adorf. Der zweite Tag beginnt am alten Plauener Rathaus. Da die Plauener Spitze Wahrzeichen der Stadt ist, wird zunächst dem Spitzenmuseum ein Besuch abgestattet. Über das Syrtal, den Stadtpark Plauens, geht es dann über Kauschwitz nach Syrau. Der Besuch der Drachenhöhle ist obligatorisch. Entlang des Triebitzbachtals führt die Tour zur Burgruine Elsterberg. Mit dabei sind auch in diesem Jahr wieder Gäste aus Berlin, die die Schönheit des Vogtlandes zu schätzen wissen. Besonders freut sich Rolf Schwanitz, dass der Geschäftsführer des Vogtländischen Tourismusverbandes, Thomas Hecht, seine Teilnahme zugesagt hat. Der Tourismusverband hat dieses Jahr eine Radkarte des Elster-Radweges auf den Markt gebracht.



"Einmal vor Ort selbst sehen, ist besser als hundertmal darüber lesen!"



Karin Roth und Rolf Schwanitz in Auerbach

Mit diesen Worten empfing Rolf Schwanitz am 14. Mai Karin Roth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, in der Stadt Auerbach. Sie war gekommen, um sich auf Einladung von Rolf Schwanitz vor Ort ein Bild von der geplanten Ortsumgehung Göltzschtal

zu machen. Schwanitz wollte so die Leitungsebene des Bundesverkehrsministeriums nochmals für die Notwendigkeit dieser Infrastrukturmaßnahme sensibilisieren. Gleichzeitig sollte mit den

anwesenden Fachleuten aus dem Straßenbauamt und dem Bundesverkehrsministerium über den Planungsstand gesprochen werden. Dabei wurde deutlich, dass die Planungsbehörden vor Ort noch vieles erledigen müssen, bevor der Bau beginnen kann. Rolf Schwanitz sicherte zu, bei konkreten Problemen

während des Planungsverfahrens weiterhin zu helfen und sich für die Berücksichtigung des Projekts im Bundeshaushalt einzusetzen. Karin Roth konnte sich selbst ein Bild von der Ortsumgehung machen und sagte konkrete Hilfe zu. Die Ortsumgehung Göltzschtal ist das wichtigste Infrastrukturvorhaben des Bundes im Vogtland. Rolf Schwanitz hatte sich bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Maßnahme im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eingestellt und im Investitionsrahmenplan des Bundes bis 2010 berücksichtigt wurde. Nun müssen im Vogtland selbst die "Hausaufgaben" erledigt werden, damit 2010 der Bau beginnen kann.

Kurz kommentiert

Die SPD am Scheideweg?

Kurt Beck hat es nicht gerade leicht in diesen Tagen. Nach einigen schwierigen Wochen haben sich die Medien eingeschossen auf den Parteivorsitzenden der SPD. Sie suchen sich gegenseitig zu überbieten im "Beck-Bashing" und zeigen damit einmal mehr, dass das Versagen der medialen Zunft zur letzten Bundestagswahl von ihnen längst vergessen, geschweige denn aufgearbeitet worden ist. Geschichte vollzieht sich aber anders als von so mancher flinken Feder erhofft. Die SPD hat seit ihrer Gründung oft für notwendige politische Veränderungen gefochten, auch wenn diese anfänglich unpopulär und ihre Unterstützer in der Minderheit waren. Sie wurde dafür bekämpft, von rechts und links außen gehasst und hat dafür auch so manche Niederlage einstecken müssen. Dennoch: Themen wie die neue Ostpolitik, der Nord-Süd-Konflikt, die Gleichstellungspolitik, die Ökologie und der Atomausstieg und auch die Agenda 2010 waren notwendig für unser Land und wären ohne dieses unpopuläre Ringen um die Sache nie mehrheitsfähig geworden. Erst das Land, dann die Partei, Gemeinwohl vor Einzel- und Gruppeninteressen, Sacharbeit vor Populismus – daran wird sich bei der SPD auch in Zukunft nichts ändern.

Rolf Schwanitz



Studieren im Vogtland

Darüber diskutierten rund 50 Interessierte am 21. Mai im Plauener Malzhaus mit Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Joachim Müller, Direktor der Studienakademie Plauen, und Benjamin Zabel, Student und SPD-Kreistagskandidat. Nach der Begrüßung durch Lutz Kätzel, dem Landratskandidaten der vogtländischen

Sozialdemokraten, führte die Studentin Juliane Pfeil als Moderatorin durch die Veranstaltung. Die Podiumsteilnehmer begrüßten die positive Entwicklung der Plauener Studienakademie, die derzeit 260 Studierende zählt. Man war sich einig, dass der Ausbau weiter vorangetrieben werden muss, um das gesetzte Ziel von 600 Studenten am Standort Plauen zu erreichen. Dazu

sollen weitere Studienangebote, z.B. im Bereich Internationales Management, erarbeitet werden, kündigte Müller an. Aber auch die anderen Studienstandorte im Vogtland wa-

ren Diskussionsthema. Die Staatsministerin ist sich sicher, dass die Fachhochschulstandorte im Vogtland eine große Bedeutung sowohl für die wirtschaftliche Attraktivität als auch für die jungen Menschen in der Region haben. Deswegen lohne sich der Einsatz, um die Studienangebote trotz des demographischen Wandels zu erhalten. Die Vermarktung der vogtländischen Einrichtungen müsse in den nächsten Jahren verbessert werden, forderte Benjamin Zabel, denn viele Schulabgänger wüssten nicht von den Studienangeboten, die in der Region bestünden. Deswegen sei die Debatte über das "Studieren im Vogtland" richtig, so die Staatsministerin, um mehr junge Menschen für ein Studium zu begeistern und für die Region zu werben.



Ein kompetent besetztes Podium im Plauener Malzhaus

Eine neue Attraktion in Markneukirchen

Markneukirchen im oberen Vogtland ist weltbekannt für seine reichhaltige Geschichte und Gegenwart rund um den Musikinstrumentenbau. Wer wüsste das nicht! Und dennoch gibt es nun im Ort noch eine neue Attraktion: Das FRAMUS-Museum der Firma Warwick. Den Fans von Jazz, Rock- oder Pop-Musik müssten beim Namen FRAMUS eigentlich bereits die Ohren klingen. Denn tatsächlich haben die Gitarren aus Franken ein wichtiges Stück zeitgenössischer Musikgeschichte geschrieben. FRAMUS-Gitarren wurden von den 50ern bis in die 70er hinein von vielen Musikern begeistert

gespielt. Jim Hall, Volker Kriegel, John Lennon und der Rolling-Stones-Bassist Bill Wyman - sie und viele andere spielten auf FRAMUS-Gitarren. Die Geschichte dieser Instrumente und ihrer Hersteller wird nun in Markneukirchen wieder erlebbar gemacht. Das Museum befindet sich in einer liebevoll restaurierten Villa an der Adorfer Straße 25, gleich am Ortseingang von Markneukirchen. Nähere Informationen findet

man unter www.framus-vintage.de auch im Internet. Rolf Schwanitz zum Abschluss seines Besuches: "Ich danke der Firma Warwick für dieses kulturelle Geschenk. Das FRAMUS-Museum wird eine neue Attraktion für die gesamte Region werden."



Kurz gemeldet

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

Der Deutsche Bundestag beriet Ende Mai über das Kinderförderungsgesetz. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, einen Rechtsanspruch auf Betreuung für unter dreijährige zu schaffen und ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der kleinen Kinder zu sichern. Bis 2013 soll dazu die Zahl der Kitaplätze auf 750.000 erhöht werden. Dafür stellt der Bund in den Jahren 2008 bis 2013 2,15 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung. Außerdem beteiligt sich der Bund in den Jahren 2009 bis 2013 mit insgesamt 1,85 Milliarden Euro, aufwachsend über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerbeteiligung zugunsten der Länder, an den zusätzlich entstehenden Betriebskosten. Rolf Schwanitz begrüßte, dass die Kommunen auch nach 2013 mit den Betriebskosten nicht im Regen stehen gelassen werden. Denn es ist vorgesehen, ihnen dann 770 Millionen Euro pro Jahr für die Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Weniger Kosten für mehr Arzneimittel

Wie PRO GENERIKA mitteilt, hat der intensive Preiswettbewerb im generikafähigen Markt die Gesetzliche Krankenversicherung im ersten Quartal 2008 erneut deutlich entlastet. Obwohl gesetzlich Krankenversicherte in den ersten drei Monaten dieses Jahres 2 Millionen Packungen (plus 1,1 Prozent) aus diesem Segment mehr verordnet und in der Apotheke erhalten haben, mussten die gesetzlichen Krankenkassen 143 Millionen Euro weniger dafür ausgeben. Dies entspricht einer Minderbelastung von 5,3 Prozent.

Sozialdemokraten warnen vor Zunahme von Rechtsextremismus



Mit einer groß angelegten Plakatkampagne wirbt derzeit die rechtsextreme NPD zu den Kommunalwahlen in Sachsen

Am 15. Mai nahmen in Dresden Vertreter aus Wissenschaft, Politik sowie von Initiativen gegen Rechtsextremismus aus Europa am Kongress "Rechtsextremismus in Europa - Trends und Gegenstrategien" teil. Veranstalter des Treffens war die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Auf der Veranstaltung warnten führende Sozialde-

mokraten vor einer Zunahme von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa. Starken Zulauf hätten insbesondere separatistische regionale sowie offen antiislamische Parteien, sagte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Martin Schulz. Er rief die Eliten auf, sich offen zu einer toleranten Gesellschaft zu bekennen. "Wenn ein Wirtschaftsführer, ein bekannter Sportler oder Künstler offen Farbe bekennt, bringt das was", sagte Schulz. Es sei das "feine Schweigen", das den Rechten den Boden bereite. Nötig sei es zudem, zivilgesellschaftliche Initiativen weiter finanziell zu unterstützen und Aussteigerprogramme zu fördern. Im europäischen Haushalt gibt

es seinen Angaben zufolge dafür ausreichend Geld. Rolf Schwanitz, der auch an dem Kongress teilnahm, äußerte sich besorgt, dass rechtsextremistisches Gedankengut immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vordringe. Wie weit die Nazis vor Ort bereits akzeptiert werden, wird sich in Sachsen nach seiner Ansicht bei den Kommunalwahlen am 8. Juni zeigen. "Ich hoffe, dass die Bürger der NPD bei den Abstimmungen in den Städten und Gemeinden Sachsens die 'rote Karte' zeigen.", sagte Schwanitz.



Gesundheitsberufe haben Zukunft



Die Bundesministerinnen Annette Schavan und Ulla Schmidt sowie Rolf Schwanitz während der Veranstaltung im BMG

Am 9. Mai diskutierten im Berliner Bundesgesundheitsministerium mehr als 250 Studierende und Auszubildende der Gesundheitsberufe über die besten Wege in der Ausbildung und die Zukunft in der Gesundheitsversorgung. Die Veranstaltung "Ihre Zukunft im Gesundheitsberuf" hatte zum Ziel, einen regelmäßi-

gen Dialog zwischen Politik, Studierenden und Auszubildenden im Gesundheitsbereich zu etablieren. Neben Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Bundesbildungsministerin Annette Schavan, nahm auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, an der Veranstaltung teil.

In der Gesundheitswirtschaft arbeiten etwa 4,3 Millionen Beschäftigte in rund 800 Berufen. Sie ist damit die größte Wirtschaftsbranche in Deutschland. Und es wird geschätzt, dass bis zum Jahr 2020 noch zusätzlich eine Million Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft entstehen werden. Die beschäftigungspolitische Bedeutung dieser Branche ist für Schwanitz deshalb unbestreitbar. Und gesundheitspolitisch wird es nach seiner Ansicht immer wichtiger werden, gute Rahmenbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu schaffen: "Moderne Geräte und hochwertige Arzneimittel sind notwendig für eine gute Gesundheitsversorgung. Noch entscheidender aber ist es, künftig mehr für die Versorgung, Pflege und Betreuung der Menschen zu tun. Deshalb haben Gesundheitsberufe Zukunft."

Historisches Stichwort

Die Berlin-Blockade - ein Tabu hat 60. Geburtstag

Am 24. Juni feiert ein Tabuthema des DDR-Geschichtsunterrichts seinen 60. Geburtstag. Es handelt sich um die Berlin-Blockade, deren Beginn von der Sowjetunion am 24. Juni 1948 befohlen wurde. Dieser Befehl war eine direkte Reaktion auf die Währungsreform in den Westzonen und dem westlichen Sektor von Berlin. Die Sowjets wollten mit der Blockade die West-Alliierten zur Aufgabe West-Berlins zwingen und zugleich die Situation für eine Machtprobe nutzen. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni gingen in West-Berlin als erstes die Lichter aus, die Fernstromversorgung aus dem Osten wurde gekappt. In den nächsten Tagen kam es dann zur Unterbrechung des gesamten Versorgungsverkehrs für den Westteil der Stadt auf Straßen, Schienen und der Binnenschiffahrt. Am 26. Juni starteten zuerst die Amerikaner die Berliner Luftbrücke, den einzigen noch offenen Versorgungsweg. Erst 11 Monate später, am 12. Mai 1949, hoben die Sowjets die Blockade auf, als klar wurde, dass die West-Alliierten die 2,2 Millionen Westberliner mit ihren Rosenbomben dauerhaft über den Luftweg versorgen konnten. In den DDR-Schulbüchern wurden diese Ereignisse mit keinem Wort erwähnt. Die Berlin-Blockade war ein Tabu. Für die Spaltung Deutschlands war nach Lesart der SED stets der Westen verantwortlich. Sein Imperialismus war aggressiv und die Sowjetunion stets vom Humanismus beiseit. Wer etwas anderes im Unterricht behauptete oder „dumme Fragen“ stellte, vertrat zwangsläufig die Ideologie des Klassenfeindes und war zumindest vorgemerkt. Welch ein Glück, dass diese Zeit der Indoktrination ein für alle mal vorbei ist.

Mehr Leben und Attraktivität für Bad Elster mit Hans-Günter Lange

Hans-Günter Lange wurde am 14. April 1947 in Bad Langensalza geboren. Nach Bäckerlehre und Mathematikstudium arbeitete er als Programmierer. Die politische Wende in unserem Land bedeutete für Hans-Günter Lange auch die berufliche Wende. 1990 wurde er zunächst Bürgermeister von Bad Dübau. In dieser Zeit drückte er auch noch einmal die Schulbank und schloss ein Studium als Diplombetriebswirt (VWA) ab. Nach einigen Jahren beim Kommunalen Versorgungsausgleich Sachsen war er dann 10 Jahre in der Stadtverwaltung Bad Elster tätig. Mit dieser langjährigen Praxis und den umfassenden Kenntnissen in der Arbeit der Verwaltung bringt Hans-Günter Lange also die besten Voraussetzungen für das Bürgermeisteramt in Bad Elster mit. Zu seiner Kandidatur sagt er: "Ich hatte schon längere

Zeit überlegt, mich zur Wahl zu stellen. Denn ich bin überzeugt, dass sich in Bad Elster etwas ändern muss. Seit der Wende hat die Stadt eine sehr gute Entwicklung genommen, die aber nun stagniert. Als Bürgermeister von Bad Elster möchte ich mehr Leben in das Heilbad bringen und die Stadt attraktiv für die mittlere Generation sowie junge Leute und Familien mit Kindern machen. Neue Ideen und kreatives Handeln sind gefordert, wenn unsere Stadt weiter vorankommen



will. Kulturveranstaltungen und reine Tagesbesucher reichen nicht, es fehlen Sport- und Freizeitmöglichkeiten und auch Angebote für Urlauber." Hans-Günter Lange ist verheiratet und hat 3 Kinder.

Ausbildungsbonus schafft Chancen

"Ich will, dass jeder Jugendliche im Vogtland ausgebildet wird, wenn möglich im Betrieb.", erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. Deshalb stimmte er gestern im Deutschen Bundestag dem Ausbildungsbonus für Altbewerber zu. Die Arbeitsagentur Plauen kann damit für Altbewerber ab dem nächsten Ausbildungsjahr 2008/2009 einen Ausbildungsbonus zwischen 4.000 und 6.000 Euro vergeben und so Betriebe unterstützen, wenn notwendig auch mit sozialpädagogischer Begleitung. "Dafür habe ich gestern mit meiner Stimme die Grundlage geschaffen. Das ist eine große Chance für vogtländische Jugendliche, die immer wieder Absagen erhalten oder in Warteschleifen verharren.", sagte Rolf

Schwanitz. Mit dem Ausbildungsbonus verbindet Schwanitz aber auch eine klare Erwartungshaltung an die Wirtschaft im Vogtland: "Es geht nicht nur darum, den Jugendlichen zu helfen. Denn wer morgen Fachkräfte braucht, muss heute ausbilden. Die Wirtschaft ist - auch im eigenen Interesse - für die Ausbildung ihres Nachwuchses selbst verantwortlich. Hierbei unterstützt der Ausbildungsbonus die Wirtschaft." Nach Angaben von Schwanitz sollen dabei Mitnahmeeffekte vermieden werden. Deshalb wird nicht jeder Betrieb durch den Ausbildungsbonus gefördert, sondern nur jene, die mehr als bisher in Sachen



© S. Hofschlaeger / www.pixelio.de

Ausbildung tun. Rolf Schwanitz kündigte zudem an, sich bei der anstehenden Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dafür einzusetzen, dass jeder Mensch das Recht hat, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Nur so kann für ihn das Ziel "Aufstieg durch Bildung" verwirklicht werden.

Kurz gemeldet

Auszeichnung für Magnetto

Am 23. Mai wurde im Berliner Hotel Adlon der Treuer Automobilzulieferer Magnetto Automotive Deutschland GmbH mit dem Wirtschaftspreis "Orsetto" ausgezeichnet. Mit diesem Preis der Deutsch-Italienischen Freundschaftsgesellschaft wurde das Engagement beim Aufbau der deutschen Tochter der italienischen Magnetto-Gruppe geehrt, sagte der Vorsitzende des Vereins, Vincenzo Monteverde. Auch Rolf Schwanitz gehörte zu den zahlreichen Gratulanten. Er freute sich natürlich besonders über die Auszeichnung, weil er sich als damaliger Staatsminister und Aufsichtsratsmitglied des IIC massiv für die Ansiedlung der Automobilindustrie in Sachsen eingesetzt hatte. So gelang es BMW nach Leipzig zu holen. In der Folge siedelten sich auch mehrere Automobilzulieferer im Vogtland an. Magnetto war dabei im Jahr 2002 das erste Unternehmen, das nach Treuen kam. Inzwischen sind allein bei diesem Unternehmen rund 280 international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden.

Regine-Hildebrandt-Preis

Auch in diesem Jahr verleiht die SPD wieder diesen mit 20.000 Euro dotierten Preis. Ausgezeichnet werden sollen "gesellschaftliche Gruppen und Personen, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten". Die Bewerbungen sind bis 31. Juli an den SPD-Landesverband Sachsen zu senden. Weitere Infos unter www.regine-hildebrandt.de

Oberbürgermeisterkandidat Manfred Deckert stellt sich vor:

Seit vielen Jahren lebe ich mit meiner Familie in Auerbach. Hier habe ich während und nach meiner sportlichen Laufbahn als Skispringer das gefunden, was man Heimat nennt. Hier habe ich geheiratet, meine Kinder wurden hier

groß. Mein Sohn Philipp wird in diesem Jahr sein Abi ablegen, Nesthäkchen Annabell wird in die 1. Klasse eingeschult - und ich?

Ich arbeite gern mit Menschen zusammen und kann auf sie zugehen. Durch

mein Engagement für den Wiederaufbau des Klingenthaler Skisports und die Begleitung des Baus der Vogtlandarena hatte ich viele Kontakte mit Behörden und Politikern. Aus den Erlebnissen dieser Zusammenarbeit ist der Wunsch entstanden, in die Politik zu wechseln. Mein Ziel ist eine Politik für die Bürger Auerbachs und seiner Ortsteile.

Auch in Zukunft sollen sich hier alle Bürger geborgen fühlen. Dafür braucht es einen Oberbürgermeister, der für die Menschen da ist. Ich höre zu, analysiere und packe an. Die Bürger, ihre Sorgen und Nöte, stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Ich bin der Meinung, dass wir dringend mehr Effizienz bei politischen Entscheidungsfindungen brauchen. Als parteiloser Oberbürgermeister, der unbelastet in die Kommunalpolitik eintritt, werde ich frischen Wind nach Auerbach bringen. Dafür will ich mich einsetzen und brauche dafür die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler. Am 8. Juni und erst recht danach. Gestalten wir unsere Stadt gemeinsam und machen sie fit für die Zukunft!



Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

9.6.2008, 18 Uhr, 10 Jahre SAEK Plauen

10.6.2008, 13 Uhr, Besuch Pflegestützpunkt in Plauen

10.6.2008, 19 Uhr, SPD-Landesvorstand in Dresden

13.6.2008, 9 Uhr, EU-Konferenz in Brüssel

17.6.2008, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit

17.6.2008, 14 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion

18.6.2008, 10 Uhr, Ausschuss für Gesundheit

21.6.2008, 9 Uhr, Landesjugendfeuerwehrtag in Reichenbach

21.6.2008, 17 Uhr, Krakower Mittsommernachtslauf

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Klingenthal, Donnerstag, den 12.6.2008, 14 bis 15 Uhr, im Bürgerbüro von Enrico Bräunig MdL, Kirchstr. 6

Auerbach, Donnerstag, den 12.6.2008, 16 bis 17 Uhr, im SPD-Büro, Breitscheidstr. 14

Andreas Oberlein: Elsterberg braucht alle Bürger

Andreas Oberlein ist 50 Jahre alt, verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Als Lehrer für Mathematik, Physik und Wirtschaft unterrichtete er in Coschütz und Elsterberg und ist jetzt am Gymnasium Rodewisch tätig. Seit 1994 vertritt er die SPD im Elsterberger Stadtrat und ist seit 1995 ehrenamtlicher Ortsvorsteher des Elsterberger Ortsteils Coschütz. Auch im sportlichen Bereich engagiert er sich ehrenamtlich: als Vizepräsident und Jugendübungsleiter im Coschützer Sportverein. Seit vergangem Jahr ist er außerdem Vorsitzender des neu gegründeten SPD-Ortsvereins Elstertal. Zu seiner Kandidatur um das Amt des Bürgermeisters von Elsterberg sagt Andreas Oberlein: "Vieles in der heutigen Zeit hat sich verändert. Ein attraktives und zukünftiges Elsterberg braucht alle seine Bürger, ob jung und alt, ob Stadt oder Ortsteil. Besonders junge Familien sollen sich ansiedeln bzw.

in unserer Stadt bleiben. Ich stehe für machbare neue Ideen, Optimismus und Tatenkraft. Unter Beachtung der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit werden die zur Verfügung stehenden städtischen Gelder transparent für dieses lohnenswerte Ziel eingesetzt." Zum derzeit wichtigsten politischen Thema der Stadt Elsterberg, der geplanten Müllverbrennung im Heizkraftwerk der ENKA, strebt Andreas Oberlein einen Bürgerentscheid an.



Freche Strolche



He Maxe, haste dir scho emal de Plakate zur Kommunalwahl angesehen'n?

Ne warum'n das Moritz?

Na daa sei scho dolle Dinger dabei Maxe: De SPD hat de Kinner uffn Kopp gestellt. De Liberaln bildn sich ei, alle Ärzte mach'n dicht, wenn de nich dere Partei wählst. De CDU hat's nich mehr nötich, von der CDU is nischt zu sehe. De PDS klebt e Import-Kandidatin aus Leipzig. Un de DSU schießt absolut den Vogel ab. Die will im Kreistag, Maxe, gleich de ganze Bunnesrepublik verännern und ham noch nich emal en Landrat uff gestellt.

De Bunnesrepublik im Kreistag Moritz? So blöd kaa ja noch nich emal de DSU sei!

Nee, sicher nich, awer für so blöd halten die de Vogtländer.

Gebäudesanierungsprogramm auch in Sachsen erfolgreich

Bei ihrem Besuch Mitte Mai in Auerbach informierte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Karin Roth, auch über das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Mit diesem Programm fördert die Bundesregierung bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Minderung des CO₂-Ausstoßes unter anderem auch in Wohngebäuden. Dabei können Hauseigentümer

zwischen einem zinsverbilligten Kredit oder einem Zuschuss von bis zu 8.750 Euro je Wohneinheit wählen. Das im Jahr 2001 aufgelegte Bundesprogramm wird auch in Sachsen sehr gut angenommen. Karin Roth belegte das mit Zahlen. Allein im Jahr 2007 wurden in Sachsen rund 5.000 Wohnungen mit insgesamt 91 Millionen Euro gefördert. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2008 fort. Schon im 1. Quartal wurde die Sanierung von 1.400 Wohngebäuden mit

26 Millionen Euro gefördert. Hinzu kommen noch Fördermöglichkeiten durch die Programme "Ökologisch Bauen" und "Wohnraum modernisieren". Hier wurden in diesem und im vergangenen Jahr noch einmal 1.190 Wohneinheiten mit insgesamt 24 Millionen Euro gefördert. Trotzdem könnten die Sachsen hier noch aktiver werden. Der Anteil Sachsens an allen Anträgen im Bundesgebiet liegt gerade einmal bei 5 Prozent.